Antrittsrede von Ministerpräsidentin Malu Dreyer am Freitag, 04. November 2016 im Bundesrat

Es gilt das gesprochene Wort - Sperrfrist 4. November, 9.30 Uhr

Meine sehr verehrten Herren und Damen, liebe Kollegen und Kolleginnen,

Bundesratspräsidentin begrüßen zu dürfen. Das Amt und die damit verbundenen Aufgaben sind mir eine große Ehre. Rheinland-Pfalz freut sich auf dieses Jahr der Bundesratspräsidentschaft! Einen besonderen Dank möchte ich an dieser Stelle an meinen Amtsvorgänger, Herrn Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich, richten:

Durch seine umsichtige, vermittelnde Amtsführung hat er die Geschäfte des Bundesrates in einem nicht einfachen Jahr gut und sicher geführt und viele "Brücken bauen" können. Ich werde an diese Arbeit anknüpfen und dazu beitragen, dass diese Brücken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft weiter stärken. Denn auch wenn momentan vielerorts versucht wird, neue Gräben in der Gesellschaft aufzureißen, wissen wir:

Nur gemeinsam sind wir stark, **nur gemeinsam sind wir Deutschland**.

Zu dieser Stärke gehört die **föderale Verfassung** in Deutschland.

Sie ist eine bewusst gewählte, kluge und bewährte Struktur. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben **Lehren aus** der bitteren **Geschichte** unseres Landes gezogen. Wir sind ihnen dankbar, weil die Länderkammer ein wichtiges **Moment des Ausgleichs** und der demokratischen Mitwirkung bildet. Und wir wissen um die **Verantwortung**, die damit einhergeht.

Der Föderalismus war seit 1949 immer in der Lage, sich **aktuellen Herausforderungen anzupassen** und damit zeitgemäß zu bleiben: Stichwort Föderalismusreform.

Der Föderalismus garantiert einen positiven **Wettstreit** aller Bundesländer zwischen Alpen und Nordsee und er verlangt von uns auch die **Fähigkeit zum Kompromiss**, um immer wieder einen **Ausgleich der regionalen Interessen** zu finden.

Und in Zeiten der immer bunter werdenden Regierungskonstellationen kommt es im Bundesrat auch zum konstruktiven Aufeinandertreffen unterschiedlicher politischer Richtungen. Unsere föderale Struktur ist so bei aller Schwerfälligkeit vielfach Motor für Entwicklung, denn er bietet die Chance "alle mitzunehmen".

Vielfalt und Unterschiedlichkeit prägen unser Leben und unsere europäische Gesellschaft seit jeher. Neuem oder Unbekanntem mit Neugier und Offenheit zu begegnen, führt zu gesellschaftlichem und wissenschaftlichem Fortschritt.

Wo aber Misstrauen, Ablehnung und Angst vorherrschen, ent-

stehen Spannungen und Konflikte aus dieser Vielfalt.

Das haben wir aus der europäischen Geschichte gelernt. Seit einigen Jahren beobachten wir, dass die Vielfalt von Teilen der Gesellschaft als Belastung oder gar Bedrohung wahrgenommen wird. Einfache Lösungen werden propagiert, Polarisierung und Populismus vorangetrieben.

Die Töne in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung sind schärfer geworden, auch ausgrenzend und verletzend. Erst vor kurzem haben wir den Hass, die ungefilterte Wut und die Pöbeleien am Rande des Tages der deutschen Einheit in Dresden erlebt. Die Zunahme von Gewalt fordert uns in besonderem Maße heraus.

Hierauf müssen wir alle eine Antwort finden. Wir als demokratische Mehrheitsgesellschaft, wir als Politiker und Politikerinnen, wir als Repräsentanten der Verfassungsorgane. Wir müssen die Wut und den lautstarken Protest aushalten und wir müssen ihm mit den Stärken der Demokratie begegnen: Dem Zuhören, dem Zusammenführen von unterschiedlichen Interessen, der konstruktiven Suche nach einer positiven Zukunftsvision.

Lassen wir es nicht zu, dass eine Minderheit für sich reklamiert, sie sei das Volk. Nein! Sie verrät das Volk, weil sie unsere **Grundwerte mit Füßen tritt**. Und damit **untergräbt** sie unsere **Demokratie** – die Herrschaft des Volkes.

Diese Stärken der Demokratie zeigen sich übrigens auch im Bun-

desrat, dessen Hauptaufgabe in genau diesen konstruktiven Ausgleichprozessen besteht. Und so möchte ich meine Präsidentschaft auch dafür nutzen, für die Stärke der Demokratie zu werben.

Unser Land besteht aus jungen und älteren Menschen, aus Männern und Frauen, aus Menschen unterschiedlicher Religionen, von unterschiedlicher Herkunft, mit verschiedenen Ansichten und mit sehr unterschiedlichen Dialekten – nur gemeinsam aber sind wir Deutschland. Diese Vielfalt ist meiner Ansicht nach ein "Schatz", ein Fundus, eine echte Ressource, aus der die Gesellschaft schöpfen kann. Dies gilt auch für Europa:

Als Rheinland-Pfälzerin weiß ich, was es bedeutet, im Herzen Europas das Zusammentreffen der Kulturen zu erleben. Ich weiß auch, was es bedeutet, in einem friedlichen Europa mit offenen Grenzen zu leben. Und was für Chancen diese gute Nachbarschaft für unsere Region und jeden Einzelnen vor Ort bietet. Bei uns, im Herzen Europas, kommen seit jeher Menschen aus verschiedenen Regionen zusammen.

Gerade viele **junge Menschen** sehen und suchen diese Chancen. Sie sind in einem geeinten, **friedlichen Europa aufgewachsen**.

Sie schätzen das Erasmus-Semester in Rom, den Schüleraustausch mit Burgund, das Praktikum in Brüssel und den Urlaub in Kroatien. Die **Jugend** betrachtet **Europa** als einen **selbstver-ständlichen Teil ihres Lebens**. Gleichwohl müssen wir immer

wieder dafür werben, wie es z.B. die Bundesregierung in Person des Außenministers mit der Kampagne "Welches Europa wollen wir" tut.

Ich denke, es ist unsere Aufgabe – als Politiker und Politikerinnen – darüber nachzudenken, wie wir die **Menschen dazu ermutigen**, sich für ihre Überzeugungen auch politisch einzusetzen und **Europa mit uns zu gestalten**.

Es sind gerade die **jungen Menschen**, die bei ihrer Suche nach einer **Perspektive** für morgen neue Fragen stellen und Ideen entwickeln, wie die Gesellschaft und unser Zusammenleben in Zukunft aussehen könnten.

Diese Impulse lösen nicht allein alle Probleme. Wir müssen sie zusammenführen mit den Erfahrungen der vorhergehenden Generationen. Wenn wir **alte Gewissheiten neu akzentuieren** und mit Neuem verbinden, dann finden wir Perspektiven für die Zukunft.

Einfache Antworten werden komplexen Problemen nicht gerecht. Vielmehr sind es demokratische **Verfahren**, sachliche und respektvolle **Debatten** und **klare**, nachvollziehbare **Entscheidungen** im Sinne des Wohles der Menschen. Hierfür steht traditionell der Bundesrat:

Wir sind "nah dran", wir kennen die Verhältnisse vor Ort.

Anwendungsprobleme und Anforderungen bei der Umsetzung

von Bundesgesetzen sind uns bekannt. Wir können diese spezifischen Erfahrungen einbringen.

Föderalismus ist oft anstrengend und mitunter schwerfällig. Selten glänzt er. Seine **Stärke** liegt- darin, im Gefüge zwischen den **Kommunen**, dem **Bund und Europa** die Stimme der Länder und Regionen zu erheben und zu zeigen, wie Demokratie funktioniert.

Es ist meine Überzeugung: **Demokratie, Teilhabe und Mitwir- kung** sind der richtige Weg – nicht Polarisierung und Populismus.

Das demokratische Miteinander fällt uns jedoch nicht in den
Schoß, es muss immer wieder erstritten und als Kultur gelebt werden. Wir müssen *für* die **Stärke der Demokratie** werben und wir müssen *mit* der Stärke der Demokratie werben.

Demokratie, das sind wir alle. Und Demokratie wird nicht nur im Bundesrat oder in den Parlamenten gemacht. Schülervertretungen, Vereine, Wohngenossenschaften, ehrenamtliche Kommunalparlamente.

Das alles sind Orte, an denen Demokratie erlebt werden kann.

In Rheinland-Pfalz sind fast **50 Prozent** der Menschen **ehrenamt- lich** tätig, das heißt, sie tragen mit ihrem Handeln dazu bei, die
Gesellschaft zu gestalten. In dieser lokalen Form der Mitwirkung
liegt die **Wurzel des gesellschaftlichen Zusammenhalts**.

Hier entsteht auch so etwas wie eine politisch-kulturelle Identi-

tät, die Unterschiede aushält, versöhnt und integrierend wirkt.

Als Rheinland-Pfälzerin habe ich ein besonderes **Symbol** für unsere demokratische Identität vor Augen: unsere **schwarz-rot-goldene Fahne**.

Sie wurde 1832 in der Pfalz beim **Hambacher Fest** zum Symbol der Demokratie. Sie steht für die Bundesrepublik Deutschland. Seit 1990 steht sie für die **deutsche Wiedervereinigung** und inzwischen auch für ein **weltoffenes Deutschland**. Eine der Fahnen aus Hambach steht bis heute im rheinland-pfälzischen Landtag. Wir dürfen unsere Demokratie nicht dem Rechtspopulismus überlassen!

Unseren traditionsreichen Weg der Demokratie müssen wir weiter beschreiten, dabei die **jungen Menschen zum Engagement in Politik und Gesellschaft** ermutigen und auch von ihnen lernen:

Junge Leute sind durchaus politisch – wir erfahren das immer wieder. Ihre demokratische Mitwirkung ist langfristig für die Demokratie lebensnotwendig.

Wir sollten aber den Kindern und Jugendlichen nicht nur die Errungenschaften der Demokratie nahebringen. Wir sollten sie auch **ernst nehmen** in ihren Fragen und ihrer vorhandenen Skepsis gegenüber etablierten demokratischen Ritualen.

Denn auch die **Demokratie** muss sich fortlaufend weiter entwickeln, um zeitgemäß und stabil zu bleiben. Auch der **Demokratie**

tut es gut, wenn sie "jung gedacht" wird.

Neben dem Wert der Demokratie geht es in **Deutschland und Europa** auch darum, sich der **verbindenden Werte** und Grundlagen des Zusammenlebens zu vergewissern.

Für mich gehören dazu ganz zentral das respektvolle **Miteinander und die Solidarität**: von Jung und Alt; von Menschen, die schon lange hier leben und solchen, die neu zu uns kommen. Von Arbeitnehmern und Arbeitgebern; Von denen, die aus eigener Kraft vieles vermögen und denen, die Unterstützung und Hilfe benötigen.

Um **Zusammenhalt und Solidarität** geht es auch im Verhältnis der europäischen Länder und Regionen: Auch hier gilt es vielfach, egoistischen Fliehkräften und neuen Gräben entgegenzuwirken. Die **Flüchtlingskrise** hat uns gezeigt, wozu Europa im Stande ist – im Guten wie im Schlechten.

Gemeinsame Lösungen scheitern häufig an einseitigen nationalen Interessen der Mitgliedstaaten und nicht an den europäischen Institutionen. Europa ist keine Einbahnstraße, sondern angewiesen auf gegenseitige Solidarität! Europa braucht junges, der Zukunft zugewandtes Denken und nicht misstrauische Abschottung. Ohne Europa gibt es keine Zukunft!

Die Chance, **Demokratie vorbildhaft zu leben**, haben wir auch hier im Bundesrat:

Lassen Sie uns **Zeichen für eine politische Kultur** des Miteinanders und der Ausrichtung der Zukunft **setzen**. Und zwar in der Art und Weise, wie wir als deutsche Länder im Bund und in Europa mitwirken.

Das schließt hartes Ringen in Sachfragen nicht aus. Vor uns liegt ein Jahr mit einer für Deutschland wichtigen Bundestagswahl.

Lassen Sie uns für eine hohe Wahlbeteiligung und einen fairen, demokratischen Diskurs werben, damit die demokratischen Kräfte an Stärke gewinnen.

"Zusammen sind wir Deutschland!"Der Zusammenhalt in Vielfalt ist unsere Stärke – in der Gesellschaft wie in der Politik, in den Ländern wie im Bund und in Europa.

Herzlichen Dank!

Ich übergebe nun das Wort und an den Vertreter der Bundesregierung.